

**Gutachten zur Situation in Serbien und Montenegro unter besonderer
Berücksichtigung der Situation ethnischer Bosniaken und ethnischer
Kroaten sowie von Deserteuren der ehemaligen Jugoslawischen
Volksarmee**

Stephan Müller

Budapest, 21.02.2005

Gutachten zur Situation in Serbien und Montenegro unter besonderer Berücksichtigung der Situation ethnischer Bosniaken und ethnischer Kroaten sowie von Deserteuren der ehemaligen Jugoslawischen Volksarmee

1. Einleitung

Die Union Serbien und Montenegro sieht weiterhin einer ungewissen Zukunft entgegen. In den beiden Teilrepubliken Serbien und Montenegro herrschen starke Tendenzen vor, zwei voneinander unabhängige Staaten zu konstituieren. In langwierigen Verhandlungen unter Federführung der Europäischen Union konnte ein Auseinanderbrechen in zwei Staaten zwar vorerst abgewendet und eine Einigung erzielt werden, aber in 2005 (oder 2006) soll über das weitere Schicksal des Staatenverbandes entschieden werden. Die Union verfügt über nur geringe Kompetenzen, die Entscheidungsgewalt liegt vor allem auf Republiksebene. Unter den vier Ministerien auf Unionsebene ist eines für Menschenrechte und Minderheitenrechte zuständig.

Eine staatsrechtlich weiterhin ungelöste Frage stellt die Zukunft der serbischen Provinz Kosovo dar, die seit Sommer 1999 unter Verwaltung der Vereinten Nationen steht.

Die ehemals Autonome Provinz Vojvodina, die ebenfalls einen Teil der Republik Serbien darstellt, und deren Autonomie in den letzten dreizehn Jahren stark eingeschränkt worden ist, strebt nach einer Wiedergewinnung weitreichender Autonomierechte.

2. Allgemeine politische und sozio-ökonomische Situation in Serbien und Montenegro (ohne Kosovo)

2.1. Demographische Daten

Die Ergebnisse der Volkszählung im Jahre 2002, weisen 7,898.001 Menschen in Serbien (ohne Kosovo) aus. In der Vojvodina leben 2,031.992 Menschen. Neue Ergebnisse für Montenegro liegen noch nicht vor. Dem statistischen Jahrbuch für Jugoslawien zufolge, lebten im Jahre 2000, 654.000 Personen in Montenegro.¹

Den vorliegenden Zahlen zufolge, sind 21 verschiedene ethnische Gruppen in Serbien (ohne Kosovo) registriert, die knapp 17% der Bevölkerung ausmachen. 82.86% deklarierten sich als Serben, wobei davon ausgegangen werden kann, dass der tatsächliche Anteil der Minderheiten noch höher ist, da sich viele Minderheitenangehörige als Serben deklariert haben. So ist z.B. die Anzahl der Roma vier bis fünfmal höher als in der Volkszählung ermittelt.²

Der Volkszählung von 1991 zufolge, machten die Minderheiten, inklusive Kosovo noch insgesamt 33.7% der Bevölkerung aus. Allerdings sind die Ergebnisse auch der damaligen Volkszählung mit großer Vorsicht zu betrachten, da die Albaner – vor allem im Kosovo – die Volkszählung boykottierten, in der angespannten Atmosphäre der damaligen Zeit viele Minderheitenangehörige ihre tatsächliche

¹ Federal Republic of Yugoslavia, Federal Statistical Office, Statistical Pocket Book, Belgrade 2002.

² Zu genaueren Angaben siehe Kapitel 3.

ethnische Identität nicht offen legten, und Manipulationen von Seiten der damaligen Machthaber nicht auszuschließen sind.

Seit 1991 haben sich große Bevölkerungsverschiebungen ergeben, die gerade in Serbien, eine Änderung der Bevölkerungsstruktur hervorriefen. Hunderttausende Serben aus Kroatien und Bosnien-Herzegowina flüchteten vor allem 1995 nach Serbien. Die damalige jugoslawische Regierung versuchte die Flüchtlinge in Gebieten mit einem großen Anteil von Minderheitenangehörigen, z.B. in der Vojvodina oder in Grenzgebieten, z.B. an der Grenze zu Bulgarien, anzusiedeln. Diese Ansiedlungspolitik stellte einen bewussten Versuch der Regierung dar, die ethnische Zusammensetzung dieser Regionen zu ändern. Seit 1999 flüchteten noch über 200.000 Serben und Roma aus dem Kosovo nach Jugoslawien. Einige tausend slawische Muslime aus dem Kosovo (Bosniaken und Gorani) suchten seit 1999 Zuflucht vor allem im Sandschak.

Auf der anderen Seite verließen mit Beginn der Kriege in Jugoslawien im Jahre 1991, Zehntausende Ungarn und Kroaten Serbien, insbesondere die Vojvodina, und einige tausend Bosniaken den Sandschak. Weiterhin flüchteten seit Beginn der Neunziger Jahre einige zehntausend Roma vor den Diskriminierungen nach Westeuropa, alleine in Deutschland sollen sich zwischen 25,000-30,000 aufhalten.

Mit dem Ausbruch des offenen Konfliktes in Kosovo, verschlechterte sich die Situation der Albaner in allen Teilen Serbiens. Vor allem in den Großstädten wie Belgrad, aber auch in der Vojvodina, verließen einige zehntausend Albaner Serbien. Alleine Belgrad sollen nach albanischen Angaben über 20,000 Albaner verlassen haben. Nach Beginn der gewalttätigen Auseinandersetzungen im südserbischen Presevo Tal flüchteten einige tausend Albaner aus dem Presevo Tal in den Kosovo; der Großteil ist inzwischen zurückgekehrt..

2.2. Politische und staatsrechtliche Situation

Die Jahre des Milosevic Regime brachten eine jahrelange, weitgehende Isolation Jugoslawiens mit sich. Der Machtwechsel im Oktober 2000 hat Jugoslawien und seine beiden Teilrepubliken weitgehend wieder aus der Isolation herausgeführt. Die Reintegration Jugoslawiens in die Institutionen der internationalen Staatengemeinschaft war allerdings an bestimmte Bedingungen geknüpft. Die Zusammenarbeit mit dem Straftribunal für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) in Den Haag und die Einleitung grundlegender politischer und wirtschaftlicher Reformen stellten dabei die wichtigsten Bedingungen dar.

Insbesondere die Zusammenarbeit mit ICTY fand aber weder in der jugoslawischen Gesellschaft noch unter den politischen Vertretern ungeteilte Unterstützung. Weite Kreise sehen im ICTY immer noch ein explizit gegen Serbien gerichtetes Instrument der internationalen Staatengemeinschaft, das jeglicher Objektivität entbehrt. Beispielhaft sei hier der Streit um die Auslieferung von Slobodan Milosevic erwähnt, in dem der damalige jugoslawische Präsident (und jetzige serbische Premier) Kostunica eine Auslieferung von Milosevic an das Tribunal ablehnte, die dann schließlich vom inzwischen ermordeten serbischen Premier Djindjic durchgesetzt wurde. Die USA verbanden damals Finanzhilfen in einem Junktim mit der Zusammenarbeit mit dem Tribunal – sprich der Auslieferung von gesuchten Kriegsverbrechern, was wohl maßgeblich zur Auslieferung von Milosevic

beigetragen haben dürfte. Inzwischen haben die USA Finanzhilfen wieder eingefroren, da die serbische jetzige serbische Regierung unter Premier Kostunica zu wenig dafür tue, Kriegsverbrecher dingfest zu machen.

Die politische Landschaft in Serbien ist weiterhin tief gespalten. Die ehemaligen Oppositionsparteien der Milosevic Zeit sind tief zerstritten und arbeiten zum Teil mit fragwürdigen Methoden um den Gegner zu diskreditieren und werfen den jeweils anderen Parteien undemokratische Maßnahmen vor.

Die Demokratische Partei Serbien (DSS) des Premier Kostunica und die G17 Partei von Miroslav Labus bilden zur Zeit zusammen mit der Serbischen Erneuerungsbewegung (SPO) unter Vuk Draskovic und Neues Serbien (NS) unter Velimir Ilic eine Minderheitsregierung, während die Demokratische Partei sich in der Opposition befindet. Am extremen (rechten) Rand hat sich die Serbische Radikale Partei (SRS) zur inzwischen stärksten Partei in Serbien entwickelt, obwohl (oder gerade weil) ihr ehemaliger langjähriger Parteivorsitzender Vojislav Seselj in Den Haag inhaftiert ist. Die Sozialistische Partei Serbiens (SPS), die jahrelang von Slobodan Milosevic geführt wurde, findet zur Zeit nur wenig Anhänger, spielt zur Zeit aber eine nicht unbedeutende Rolle, da sie der Minderheitsregierung von Premier Kostunica im Parlament die benötigte Mehrheit bei Abstimmungen beschaffen kann.. Desweiteren sind weitere kleine Parteien im Parlament vertreten.

Im zweiten Wahlgang zu den Präsidentschaftswahlen im Juni 2004, konnte sich allerdings der Kandidat der oppositionellen Demokratischen Partei, Boris Tadic gegen den Kandidaten der SRS Nikolic durchsetzen. Der Kandidat der Regierungspartei DSS, Marsicanin, hatte schon im ersten Wahldurchgang keine Chance.

Diese innere Zerrissenheit Serbiens findet ihre Fortsetzung in der Frage nach der staatsrechtlichen Zukunft der Union von Serbien und Montenegro. Obwohl in beiden Teilrepubliken schon seit längerem starke Tendenzen eine Unabhängigkeit von Serbien bzw. Montenegro befürworten, konnte der Druck der internationalen Staatengemeinschaft ein Auseinanderfallen bisher abwenden.³ Im Jahre 2005 soll eine Entscheidung über die Zukunft der Union von Serbien und Montenegro getroffen werden, und es wird allgemein erwartet, dass beide Republiken unabhängig werden.

Von weiterer großer Bedeutung für die politische und gesellschaftliche Entwicklung ist die zukünftige staatsrechtliche Stellung der ehemals Autonomen Provinz Kosovo, und damit verbunden die weitere Entwicklung im Presevo Tal, sowie die Entwicklungen in der Vojvodina und im Sandschak.

In all diesen Regionen existieren starke Loslösungs- bzw. Autonomiebewegungen, die auf den Widerstand serbischer Politiker und weiter Kreise der serbischen Bevölkerung stoßen. All diese Entwicklungen tragen weiterhin ein großes Konfliktpotential in sich, das weitere tiefe innenpolitische Probleme aufwerfen kann.

³ Zu den Bemühungen des EU Kommissars für Sicherheitspolitik Javier Solana eine Lösung herbeizuführen siehe u.a. RFE/RL Newline vom 9. September 2002. Zu den letzten Entwicklungen siehe u.a. RFE/RL Newline vom 9. Dezember 2002, 12. Dezember 2002, 18. Dezember 2002.

Teile der internationalen Staatengemeinschaft und vor allem die Kosovo-Albaner wollen im Jahre 2005 eine endgültige Entscheidung über die staatsrechtliche Verfassung des Kosovo erreichen; sprich das Kosovo für unabhängig zu erklären. Das Streben nach Unabhängigkeit unter den Albanern im Kosovo trifft allerdings auf den einhelligen Widerstand aller serbischen politischen Gruppierungen. Zudem kann es große gesellschaftliche und politische Probleme in Serbien hervorrufen, die unvorhersehbare Auswirkungen auf die Minderheiten in Serbien haben kann.

Die Wiederherstellung weitgehender Autonomie in der Vojvodina findet dagegen neben der Unterstützung der Ungarn und der anderen Minderheiten auch die Unterstützung (lokaler) Vertreter von serbischen Parteien.

Auch im Sandschak wollen die Stimmen bosniakischer Politiker nicht verstimmen, die eine Autonomie der Region befürworten. Allerdings treffen diese Forderungen auf den Widerstand der Serben und Montenegriner, und die mögliche Unabhängigkeit der beiden Republiken würde den Autonomieforderungen sowieso ein Ende bereiten, da der Sandschak auf dem Gebiet beider Republiken liegt.

Im südserbischen Presevo Tal, das von Albanern, Roma und Serben bewohnt wird, hat die effektive Intervention der internationalen Staatengemeinschaft zu einer Beruhigung der Situation und zu einer Teilhabe der albanischen Bevölkerungsgruppe an der politischen Macht in den drei Gemeinden des Tales geführt. Die große Bereitschaft der serbischen Regierung den Konflikt um das Presevo Tal gewaltfrei zu lösen und die Integration der Albaner voranzutreiben, rief jedoch den Widerstand lokaler Serben hervor. Allerdings erwarten alle Beobachter, dass aufgrund der engen Verbindung der Region und einiger albanischer Kreise mit gewaltbereiten Gruppen im Kosovo und in Makedonien, es immer wieder zu Gewaltaktionen kommen kann.⁴

Gemeinsam ist nahezu allen Parteien in Serbien eine ausgeprägte nationalistische oder zumindest „national-serbische“ Einstellung, welche die Grundhaltung des größten Teils der Gesellschaft widerspiegelt. Nahezu alle Parteien sind „ethnisch definierte Parteien“. So sind in den meisten „serbischen“ Parteien kaum Vertreter von Minderheiten zu finden und die meisten Minderheiten verfügen über ihre eigenen politischen Parteien.

Die zahlreichen Bruchlinien in der serbischen Politik und Gesellschaft sowie die zahlreichen potenziellen Konflikte lassen es als nahezu unmöglich erscheinen, dass die Union (und Serbien) die fundamentale wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Krisensituation, in der es sich derzeit befindet, bald beenden können.

Das Interesse der internationalen Staatengemeinschaft an einer Beruhigung des Krisenherdes Ex-Jugoslawien, nicht zuletzt durch die Präsenz zahlreicher Organisationen bezeugt, und das Interesse der jetzigen politischen Führung an einer weiteren Annäherung an Europa lassen allerdings das Aufbrechen neuer gewalttätiger Auseinandersetzungen - mit der Ausnahme der Unabhängigkeit des Kosovo - als unwahrscheinlich erscheinen.

⁴ Zuletzt kam es in Februar 2003 zu Auseinandersetzungen. Im Januar 2005 wurde ein junger Albaner beim illegalen Grenzübertritt von Mazedonien nach Serbien von Grenzpolizisten erschossen, wonach es auch zu Demonstrationen von Albanern gekommen ist.

2.3. Sozio-ökonomische Situation

2.3.1. Allgemeine wirtschaftliche Daten

Der Regimewechsel zu einem demokratischen System brachte der serbischen Bevölkerung im Allgemeinen keine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage. Nach zehn Jahren Krieg und Korruption lag die Wirtschaft Serbien und Montenegros danieder. Das Auseinanderfallen Jugoslawiens hat alte Rohstoff- und Absatzmärkte verschwinden lassen. Korruption ist weit verbreitet und zu einem Teil des Alltags geworden.⁵ Mafiöse Strukturen kontrollieren große Teile der Wirtschaft. Die alten Seilschaften aus Politik, Militär und Geheimdienst üben immer noch großen Einfluss aus. Entweder blockieren sie Reformbestrebungen in Polizei, Justiz und Militär wie auch in der Wirtschaft und in der Verwaltung oder sie profitieren von den wirtschaftlichen Veränderungen.⁶ Die Ermordung von Premier Djindjic verdeutlichte den Einfluss und die Gewaltbereitschaft dieser Seilschaften.

Zudem ist Serbien und Montenegro das letzte Land Europas, das sein Wirtschaftssystem auf eine marktwirtschaftliche Orientierung umstellt. So waren 2002 erst knapp fünf Prozent der ehemaligen Staatsbetriebe privatisiert worden.⁷ Die Privatisierung weiterer ehemaliger Staatsbetriebe wird vorerst die wirtschaftliche Lage eines großen Teiles der Bevölkerung noch mehr verschlechtern, da unrentable Staatsbetriebe oder Unternehmen im gesellschaftlichen Eigentum aufgelöst werden oder ihre Belegschaft drastisch reduzieren werden. Die alte Regierung unter Führung der Demokratischen Partei hatte zwar im Rahmen ihrer Möglichkeiten gesetzliche Grundlagen für wirtschaftliche Reformen eingeleitet, allerdings benötigt ein solcher Prozess lange Zeit und wurde von der neuen Regierung, die seit Anfang 2004 im Amt ist, nicht immer konsequent weitergeführt.

In Serbien herrscht weiterhin große Arbeitslosigkeit; allerdings existiert parallel eine weitverbreitete Schattenwirtschaft. Die Schattenwirtschaft kann zwar für temporäre, auch längerfristige Einkünfte sorgen, allerdings sind damit in den seltensten Fällen Sozial- und Krankenversicherung verbunden. Das Durchschnittsgehalt lag Ende 2004 in Serbien bei ca. 190€ was angesichts der Mietpreise und allgemeinen Lebenshaltungskosten kaum für die Deckung der täglichen Kosten ausreichen dürfte.⁸

Genauere Angaben über die tatsächliche Arbeitslosigkeit sind kaum erhältlich. Eine Veröffentlichung der Europäischen Kommission schätzte die Arbeitslosenrate für 2002 auf 29%, während das Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche für das 2002 13,8% und für 2003 mit 15,2% angibt.⁹ In den Jahren 2001 bzw. 2000 soll die Arbeitslosigkeit noch bei 28% bzw. 27% gelegen haben.

⁵ Zu Korruptionsvorwürfen siehe u.a. Serbia: Chain-smokers And Official Smugglers in: IWPR, Balkan Crisis Report No. 362, 27. August 2002; Biljana Stepanovic, 500 Days Of Djindjic in: IWPR, Balkan Crisis Report No. 363, 30. August 2002.

⁶ Siehe hierzu u.a. International Crisis Group, Belgrade's Lagging Reform. Cause for International Concern. ICG Balkan Report No. 126 March 2002

⁷ Siehe hierzu Die Presse vom 4. September 2002.

⁸ Siehe hierzu The Government of the Republic of Serbia, Ministry of Finance, Serbia: Basic Macroeconomic Indicators, January 2005. Internet: www.mfin.sr.gov.yu

⁹ Siehe hierzu European Commission, Occasional Papers, The Western Balkans in Transition. Brussels 2003. Internet: http://europa.eu.int/comm/economy_finance und Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche, Country Expertise. Internet: <http://www.wiiw.ac.at/e/yugoslavia.html>

Nach Untersuchungen von Experten der Vereinten Nationen Ende 2003 sollen 20 Prozent der serbischen Bevölkerung unter der Armutsgrenze leben. Allerdings schließt diese Zahl die Flüchtlinge, die Intern Vertriebenen und die Roma nicht mit ein, so dass die tatsächliche Zahl der Personen, die unter der Armutsgrenze leben, bis zu 30 Prozent erreichen kann.¹⁰ Nach Schätzungen der Weltbank soll im Jahre 2001 der Anteil der Bevölkerung, der unter der absoluten Armutsgrenze gelebt habe, zwischen 15% und 25% betragen haben.¹¹

2.3.2. Sozialgesetzgebung

Die Verfassungen von Jugoslawien (bzw. Serbien und Montenegro) und Serbiens sehen eine verpflichtende **Sozialversicherung** für alle angestellte Personen sowie für Selbständige und Landwirte vor (Art. 58, Föderale Verfassung; Art. 40, Serbische Verfassung).

Die Leistungen der Pflichtversicherung können in Anspruch genommen werden im Falle von Krankheit, Mutterschaft, Behinderung, Rentenalter, Arbeitslosigkeit oder Tod des Familienernährers bzw. des Familienangehörigen mit permanenten Einkommen. Sie betrifft dementsprechend Pensionen, Arbeitsunfähigkeit (Behinderung) und Versicherung im Krankheitsfalle.

Allerdings unterliegt die Realisierung der Sozialversicherung einigen Problemen. Private Firmen zahlen oft keine Beiträge für ihre Angestellten, das öffentliche Gesundheitswesen verfügt über eine niedrige Qualität und es herrscht ein Mangel an kostenlosen Medikamenten.

Im Gegensatz zur Sozialversicherung, die durch verpflichtende Lohnabzüge finanziert wird, wird die **Sozialhilfe** durch die allgemeinen Steuereinnahmen finanziert.

Die Föderale Verfassung schreibt vor, dass der Staat Sozialhilfe diesen Menschen bereit zu stellen hat, welche nicht arbeiten können und/oder ohne jegliches Einkommen sind. Die Serbische Verfassung hingegen garantiert Sozialhilfe nur für diejenigen Personen, die nicht arbeiten können und über nicht ausreichende weitere Einkommen verfügen, welches das Existenzminimum sichern. (Art. 39 (2), Serbische Verfassung). Sozialhilfe wird in Serbien durch das Gesetz über Soziale Sicherheit und Verfügung von Sozialhilfe geregelt, welches zuletzt 2001 verändert wurde.¹²

Das grundlegende Recht in Serbien Sozialhilfe zu beziehen, bezieht sich auf Personen oder Familien, deren Einkommen unterhalb des Subsistenzminimum liegt. Die Entscheidung über den Bezug von Sozialhilfe wird von den zuständigen Sozialämtern getroffen.

Für lange Zeit sah sich die Regierung außerstande, die entsprechenden Leistungen zu gewährleisten. Finanzielle Zuwendungen einzelner Staaten und zuletzt der

¹⁰ United Nations Common Country Assessment for Serbia and Montenegro, Belgrade 2003; RFE/RL NEWSLINE Vol. 9, No. 4, Part II, 9 January 2004

¹¹ Ibid.

¹² (Sl. Glasnik RS, No.29/01).

Weltbank erlaubten aber eine Nachzahlung von bis 26 ausstehenden monatlichen Zahlungen und jetzt wieder regelmäßige Zahlungen.¹³

Dem neuen Sozialhilfegesetz, das mit September 2004, in Kraft getreten ist stellt die eigentliche Berechnungsgrundlage 16% des durchschnittlichen Monatseinkommen auf nationaler Ebene dar; abhängig von der Anzahl der Familienmitglieder erhöht sich dieser Prozentsatz auf 22% (zwei Personen), 28% (drei Personen), 30% (vier Personen) und 32% (fünf und mehr Personen).¹⁴ Bei einem Durchschnittseinkommen von 15,000 Dinar entspräche dies Beträgen zwischen 2,400 und 4,800 Dinar.

Nach Angaben von 2002 betragen die Zuwendungen an Familien zwischen 1,533 und 3.065 Dinar im Monat, wozu noch Kindergeld kommen kann, das durchschnittlich 950 Dinar pro Kind beträgt. Zudem sind noch Zuschüsse für bzw. Übernahme der Stromrechnungen und weiterer Abgaben möglich.¹⁵

Die Aufgabenbereiche im Sozialwesen sind entweder in der Verantwortung des Ministeriums oder der Gemeinde. Die Gemeinde ist für soziale Einrichtungen, für die Ausstattung von Bezugsberechtigten in sozialen Schutzeinrichtungen bzw. in Pflegefamilien.

Alle Personen, die nicht erwerbstätig sind, haben das Anrecht auf Krankenversicherung, wobei Personen, die niemals erwerbstätig waren, nur krankenversichert sind, und Personen, die erwerbstätig waren und ohne ihr Mitverschulden arbeitslos wurden, zusätzlich berechtigt sind, Unterstützung in Form von Sach- oder Geldleistungen zu erhalten.

Bis zum Jahre 2002, gab es zudem die Möglichkeit Lebensmittel und Toilettenartikel über das „World Food Program“ und das „Humanitäre Büro der Europäischen Union“ zu erhalten. Zudem werden öffentliche Suppenküchen unterhalten, die allen Personen offen stehen.¹⁶

2.3.4. Administrative Reformen

Wirtschaftliche Reformen stellen nur eine Aufgabe dar. Auch die Gesellschaft, Verwaltung und Politik müssen modernisiert werden. Eine der wichtigsten Aufgaben in diesem Zusammenhang stellt die Dezentralisierung Serbiens dar, die größere Rolle, die lokale und regionale Selbstverwaltungsstrukturen übernehmen sollen. Provinzen wie die Vojvodina, aber auch die Gemeinden sollen mehr Verantwortung übernehmen und mehr Kompetenzen zugesprochen bekommen.

¹³ Siehe hierzu die Website des Sozialministeriums: www.msoc.sr.gov.yu und die Pressemitteilung von Beta vom 23.4.2003 "World Bank approves loan for social welfare overhaul". „...The World Bank has approved a loan of eighty million dollars to support reforms of Serbia's social welfare system. The bank's Belgrade office said this morning that the loan was to be interest free, with a charge of 0.75 per cent for administrative expenses. The loan, which is to be paid in two instalments, is aimed at increasing the transparency of spending taxpayers' money for social welfare. It is also intended to assist the Serbian government's reforms in social welfare, employment and health, said the bank..."

¹⁴ Siehe hierzu Law on Amendments of the Law on Social Care and Providing of Social Security to Citizens. Belgrade, July 2004. Website des Sozialministeriums: www.msoc.sr.gov.yu

¹⁵ Siehe hierzu die Website des Sozialministeriums: www.msoc.sr.gov.yu

¹⁶ Siehe hierzu die Website des Sozialministeriums: www.msoc.sr.gov.yu

Diese Reformen stehen im direkten Zusammenhang mit der Situation der Minderheiten. Dem neuen serbischen Gesetz über Lokale Selbstverwaltung zufolge, müssen Gemeinden mit größerem Minderheitenanteil, u.a. einen „Rat für inter-ethnische Beziehungen“ einsetzen.¹⁷

2.3.4. Reform der Polizei und des Justizwesens

Eine weitere Aufgabe ist die Justiz- und Polizeireform. In Zusammenarbeit mit internationalen und zwischenstaatlichen Organisationen, z.B. der OSZE, wird diese Aufgabe angegangen. Die bereits unternommenen Anstrengungen, Polizei- und Justizwesen zu reformieren und Gesetze europäischen Standards anzupassen, zeigten bisher allerdings nur beschränkten Erfolg wie Berichte von Übergriffen von Polizeiangehörigen und von unzureichenden Reaktionen von Strafverfolgungsbehörden auf Übergriffe auf Angehörige von Minderheiten belegen.¹⁸

Mit der Ausnahme von einigen wenigen Fällen, genießen Polizisten, die Übergriffe begangen haben, de facto Straffreiheit, da weder Staatsanwaltschaft noch die Gerichte, entsprechende Anzeigen korrekt verfolgen. Teile der Justiz sind weiterhin in politische Seilschaften eingebunden und entsprechen nicht dem Bild einer unabhängigen, entpolitisierten Justiz.¹⁹ Wenn auch im Rahmen der Verfolgung der Mörder von Premier Djindjic einige der Richter und Staatsanwälte mit Verbindungen zu den politisch-mafiösen Seilschaften verhaftet worden sind, kann nicht davon ausgegangen werden, dass sich die grundlegenden Strukturen schon verändert haben.

2.3.4.1. Amnestie für Kriegsdienstverweigerer und Deserteure

Generell gilt Wehrdienstentziehung in Serbien und Montenegro gemäß Art. 214 und 217 StGB als Straftat. Eine Ausnahme zu dieser Praxis begründet das bundesweit geltende Amnestiegesetz für Wehrdienstverweigerer und Deserteure, welches im März 2001 in Kraft getreten ist und das auch im neuen Staatenverbund der Union von Serbien und Montenegro Gültigkeit besitzt.

Das Amnestiegesetz bezieht sich auf alle Personen, die zwischen April 1992 und Oktober 2000, sich aus Gewissensgründen weigerten, Waffen zu benutzen, sich dem Militärdienst oder der Registrierung für den Militärdienst entzogen und die von der Jugoslawischen Armee desertierten.²⁰ Nach Serbien und Montenegro zurückkehrende Deserteure bzw. Kriegsdienstverweigerer, die sich dem Dienst in der Jugoslawischen Volksarmee zwischen April 1992 und Oktober 2000 entzogen hatten, werden in Serbien und Montenegro dem Amnestiegesetz zufolge keiner

¹⁷ Siehe hierzu Kapitel 3.

¹⁸ Siehe hierzu Human Rights Watch (HRW), Human Rights Watch Comments on the Council of Europe List of Post-Accession Commitments for Yugoslavia. Internet: <http://hrw.org>; AI Report 2002; HCS Annual Report 2002;

¹⁹ Siehe hierzu u.a., Amnesty International, Serbia and Montenegro. Amnesty International's concern in Serbia and Montenegro. AI Index: 70/010/2002. "...Amnesty International is also concerned about continuing numerous allegations of torture and ill-treatment by police throughout the country, and the apparent lack of will by the authorities to adequately address this issue. This failure to investigate and prosecute adequately perpetuates a climate of impunity similar to that which exists in relation to war crimes and crimes against humanity..."

²⁰ Siehe hierzu Amnesty International, Conscientious Objectors can return to Yugoslavia. AI Index EUR 70/002/2001. Amnesty International Deutschland, Asylgutachten, 22.12.2004. Internet: <http://www2.amnesty.de/internet/Gutachte.nsf/425c2f14a274dabdc1256aa4005b3a0a/ea113307a64fd e7fc1256f270048f22f?OpenDocument>

strafrechtlichen Verfolgung weder durch Militärgerichte noch durch Zivilgerichte unterworfen. Amnesty International liegen auch keine glaubhaften Berichte darüber vor, dass solche strafrechtliche Verfolgungen seit 2001 vorgekommen seien.²¹

Das Amnestiegesetz regelt allerdings nicht eindeutig, ob amnestierte Wehrdienstverweigerer und Deserteure nach ihrer Rückkehr aus dem Ausland, erneut zum Militärdienst einberufen werden können. Auch liegen AI keine verlässlichen Erkenntnisse darüber vor, ob rückkehrende Wehrdienstverweigerer und Deserteure in der Praxis erneut routinemäßig einberufen werden. Grundsätzlich gilt jedoch, dass für Männer, die nicht älter als 27 Jahre sind, Wehrpflicht besteht. In Einzelfällen können auch Männer zwischen 28 und 35 Jahren einberufen werden. Personen, die älter als 35 Jahre sind, werden nicht mehr zum Dienst eingezogen.

Nach Angaben von Amnesty International (AI) sind seit Inkrafttreten des Amnestiegesetzes im März 2001 einige Wehrdienstverweigerer und Deserteure, die in der Vergangenheit ins Ausland geflohen sind, nach Jugoslawien zurückgekehrt. AI liegen keine belegten Berichte darüber vor, dass ehemalige Wehrdienstverweigerer und Deserteure bei ihrer Rückkehr nach Serbien und Montenegro festgenommen, belästigt oder diskriminiert wurden.

Desweiteren ist anzumerken, dass der Verfassungscharta der Union von Serbien und Montenegro zufolge, die durch eine Änderung des Armeegesetzes vom Januar 2003 ergänzt wurde, die Verweigerung aus Gewissensgründen erlaubt und Zivildienst ermöglicht. Binnen 15 Tagen nach dem Einberufungsbefehl muß der Antrag auf Verweigerung gestellt werden. Bereits Dienst leistende Soldaten können innerhalb der ersten drei Monate einen Antrag auf Zivildienst stellen.

Im Oktober 2003 wurde eine Durchführungsverordnung für den Zivildienst erlassen, die u.a. bestimmt, dass der Zivildienst 13 Monate dauert, während die Militärdienstzeit neun Monate beträgt. Nach anfänglichen Schwierigkeiten²², kann der Zivildienst jetzt aber in einer Reihe von Organisationen und Institutionen abgeleistet werden. Zu einigen der Durchführungsbestimmungen gibt es allerdings weiterhin Kritik.²³

Am 5. Februar 2005 wurde ein neues Gesetz zur Regelung des Zivildienstes erlassen; als eine wichtige Änderung gegenüber dem alten Gesetz ist zu erwähnen, dass ein Antrag auf Zivildienst innerhalb von acht Tagen nach Erhalt des Einberufungsbescheides erfolgen muß.²⁴ Allerdings bleibt unklar, ob das neue Gesetz auch rückwirkend Geltung erlangt, und auch auf Personen zutreffen kann, die dem Wehrdienst entflohen sind und die daher bereits anhängige Verfahren haben.

²¹ Amnesty International Deutschland, Asylgutachten, 22.12.2004. Internet: <http://www2.amnesty.de/internet/Gutachte.nsf/425c2f14a274dabdc1256aa4005b3a0a/ea113307a64fd e7fc1256f270048f22f?OpenDocument>

²² Amnesty International, Serbia and Montenegro. Amnesty International's concerns in Serbia and Montenegro (2003). Internet: http://www.amnestyusa.org/countries/serbia_montenegro/reports.do; Kommission der Europäischen Gemeinschaft, Arbeitspapier der Kommissionsdienststellen Serbien und Montenegro. Bericht über den Stabilisierungs- und Assoziierungsprozeß 2003. Brüssel 2003. KOM (2003) 197 final

²³ Siehe hierzu Amnesty International, Serbia and Montenegro: Amnesty International's concerns and Serbia and Montenegro's commitments to the Council of Europe (EUR 70/002/2004)

²⁴ Telefonische Mitteilung von Yugoslav Lawyers' Committee vom 23. Februar 2005.

Mit Bezug auf die mögliche erneute Einberufung von ehemaligen Deserteuren bzw. deren Möglichkeit Ersatzdienst leisten zu können, bietet die Gesetzeslage kein eindeutiges Bild und Amnesty International zB hat daraufhin gewiesen, dass es nicht über ausreichende Erfahrungswerte verfügt, um diese Sachlage beurteilen zu können.

2.4. Allgemeine gesellschaftliche Situation

Die wohl schwierigste Aufgabe stellt die Modernisierung der Gesellschaft dar. Die Jahre der Milosevic Herrschaft haben eine Gesellschaft hinterlassen, die das Vertrauen in Politik, Polizei, Justiz, Rechtsstaatlichkeit verloren hat. Staatliche Willkür und Korruption bestimmten die Beziehungen zu den Behörden. Eine - einst vorhandene - Bürgergesellschaft, wurde durch behördliche Repressalien und durch Auswanderung auf rudimentäre Reste reduziert, und eine Verantwortung für die Gesellschaft ist unter den gegebenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen kaum noch vorhanden.

Auf der anderen Seite konnten sich rechtsradikale und gewaltbereite Gruppen etablieren, die kaum Kontrollen oder Maßnahmen von Polizei und Justiz zu befürchten haben.²⁵ Zu den bereits länger etablierten Gruppen im Umfeld des rechtsradikalen Politikers und mutmaßlichen Kriegsverbrecher Vojislav Seselj und anderer politischer Gruppierungen und der in einigen Orten starken Skinheadbewegung, haben sich in letzter Zeit neue Gruppen, wie die Organisation „Obraz“ („Ehre“) formiert, die vor allem gegen Minderheiten auftreten.²⁶

Die Reaktionen auf die Unruhen im Kosovo im März 2004, als in Serbien Moscheen angezündet wurden und in Belgrad und Novi Sad Siedlungen angegriffen wurden, in denen viele aus dem Kosovo stammende (muslimische und albanisch sprechende) Aschkali und Roma leben, aber auch Übergriffe gegen Minderheiten und Einrichtungen von Minderheiten in der Vojvodina (v.a. von Ungarn und Kroaten) zeigen, dass in Serbien ein Gewaltpotential gegen Angehörige anderer ethnischer Gruppen vorhanden ist. Die ungelöste Situation der ca. 700.000 ethnisch serbischer Flüchtlinge bzw. Vertriebene aus Kroatien und Bosnien und Herzegowina bzw. Kosovo tragen erheblich zu sozialen und ethnischen Spannungen und diesem Gewaltpotential bei.

Ein großes Problem sowohl für Politik und Gesellschaft als auch für das Justizwesen ist die unaufgearbeitete jüngste Vergangenheit Serbiens, und die von serbischen Politikern, Militärs und Polizisten zu verantwortenden Kriegsverbrechen während der Kriege gegen Kroatien und Bosnien-Herzegowina und im Kosovo.²⁷

Gerade in bezug auf die Polizeieinheiten ist festzustellen, dass bis heute kaum Konsequenzen gegen verantwortliche Polizeioffiziere gezogen worden sind. Vielmehr sind hochrangige Polizeioffiziere, die führende Rollen beim Einsatz im

²⁵ Siehe hierzu u.a., RFE/RL Newline, 28. August 2002.

²⁶ Seselj bzw. seine Einheiten waren an Verbrechen in Kroatien und Bosnien-Herzegowina beteiligt. Seselj's „Serbische Radikale Partei“ bildete jahrelang einen Koalitionspartner von Milosevic und seiner Sozialistischen Partei Serbiens.

²⁷ Siehe hierzu u.a. Amnesty International, Amnesty International's Concerns and Serbia and Montenegro's commitments to the Council of Europe. AI Index EUR 70/002/2004.

Kosovo spielten, immer noch in führenden Positionen.²⁸ In weiten Teilen der serbischen Öffentlichkeit herrscht immer noch das Bild des „unschuldig verfolgten serbischen Staates“ vor.

Diese nicht erfolgte Auseinandersetzung mit den Kriegsverbrechen, die ja gegen Mitglieder immer noch im Lande lebender Minderheiten begangen worden sind, und mit dem dahinter stehenden politischen und gesellschaftlichen System zeigt dramatische Konsequenzen. Kommandanten und Mitglieder von Polizei- und Militäreinheiten, denen Kriegsverbrechen vorgeworfen werden, stehen weiterhin im Dienst und Kriegsverbrecher wie Radovan Karadzic oder Ratko Mladic werden zu Helden stilisiert. Das Bild der Albaner, Bosniaken und Roma wird immer noch von (rassistischen) negativen Stereotypen bestimmt, das zum Teil auch in öffentlichen Stellungnahmen von Politikern zu tragen kommt.²⁹

All diese Unsicherheitsfaktoren führen zu einer permanenten Gefährdung des sozialen Friedens im Lande. Die Präsenz der internationalen Staatengemeinschaft in Jugoslawien und die Abhängigkeit des Landes von internationalen Finanzhilfen trägt zwar zu einer gewissen Kalkulierbarkeit der innenpolitischen Entwicklung bei. Politisch interessierte Kreise im Land können aber die angesprochenen Bruchlinien jederzeit zu einer Verschärfung der innenpolitischen Krise ausnutzen wie die Ermordung von Premier Djindjic verdeutlichte.

²⁸ Siehe hierzu u.a. Stojan Cerovic, Serb police accused of cover up in: IWPR Balkan Crisis Report No. 366, 11. September 2002.

²⁹ Siehe zum Beispiel Velimir Ilic, Minister für Investitionen und ehemals Bürgermeister von Cacak und (kurzfristig Präsidentschaftskandidat), der maßgeblich am Sturz von Milosevic beteiligt war. Ilic bezeichnete Roma und Albaner des öfteren als „minderwertig“. Siehe hierzu die Presseerklärung des Humanitarian Law Centre vom 19. Dezember 2001.

3. Minderheiten in der Union Serbien und Montenegro

Die Union von Serbien und Montenegro wie auch die Republik Serbien weisen große Bevölkerungsgruppen nicht-serbischer Herkunft auf. Die im Januar 2003 veröffentlichten Ergebnisse der Volkszählung 2002 für **Serbien** (ohne Kosovo) geben folgende Zahlen wieder:³⁰

	Serbien Total	Prozent
<i>Total</i>	7,498.001	100.00
Serben	6,212.838	82.86
Ungarn	293.229	3.91
Bosniaken	160.171	2.14
Roma	108.139	1.44
Kroaten	70.602	0.94
Albaner	61.647	0.82
Slowaken	59.021	0.79
Wlachen	40.054	0.53
Rumänen	34.576	0.46
Makedonier	25.847	0.35
Bulgaren	20.497	0.27
Bunjewazen	20.012	0.27
Ruthenen	15.905	0.21

	Vojvodina Total	Prozent
<i>Total</i>	2,031.992	100.00
Serben	1,321.807	65.05
Ungarn	290.207	14.28
Slowaken	56.637	2.79
Kroaten	56.546	2.78
Rumänen	30.419	1.50
Roma	29.057	1.43
Bunjewazen	19.766	0.97
Ruthenen	15.626	0.77
Makedonier	11.785	0.58
Bosniaken	4.657	0.23
Ukrainer	4.635	0.23
Albaner	1.695	0.08
Bulgaren	1.658	0.08

Allerdings muss davon ausgegangen werden, dass die Anzahl einzelner Minderheitengruppen, insbesondere der Roma, aber auch der Wlachen größer als angegeben ist. Eine Studie des "Ethnicity Research Center" in Belgrade (*Romany Settlements, Living Conditions and Possibilities of Integration of the Roma in*

³⁰ Unter Bosniaken sind in den folgenden Tabellen auch „Muslime“ und „Gorani“ subsumiert. In Montenegro wurde noch keine neue Volkszählung durchgeführt.

Serbia) kommt zu dem Ergebnis, dass die Anzahl der Roma vier bis fünfmal größer ist als in der Volkszählung angegeben.

Zudem gibt es weitere kleinere Minderheiten wie Deutsche, Slowenen und Russen in Serbien und knapp 70.000 Montenegriner und 80.000 Jugoslawen. Im Vergleich zu 1991 zeigt sich, dass gerade die Anzahl der Bosniaken, Ungarn und Kroaten sich stark verringert hat.³¹

Während Roma in großer Anzahl in allen Landesteilen zu finden sind, konzentrieren sich die anderen großen Minderheitengruppen auf bestimmte Gebiete. Die Ungarn wohnen v.a. in der Vojvodina, die Bosniaken im Sandschak. Die Albaner leben in Serbien im Presevo Tal und in Montenegro im Gebiet um die Stadt Ulcin. Die Kroaten vor allem in der Vojvodina, aber auch in der nördlichen Küstenregion Montenegros.³²

Einige zehntausend Angehörige zählen kleinere Minderheiten, die ebenfalls vor allem in der Vojvodina leben wie Slowaken, Rumänen, Ruthenen oder Bunjewazen. Bulgaren und Wlachen leben vor allem im Osten Serbiens, Makedonier vor allem im Süden Serbiens oder als Arbeitsmigranten in der Vojvodina.

Nach dem Umsturz wurde in Jugoslawiens ein Ministerium für Nationale und Ethnische Minderheiten errichtet. Zum Minister wurde Rasim Ljajic ernannt, ein ethnischer Bosniake, der dieses Amt bis heute noch inne hat.

Im Frühjahr 2002 wurde das neue „Gesetz zum Schutz der Rechte und Freiheiten Nationaler Minderheiten“ („Minderheitengesetz“) verabschiedet.³³ Das Gesetz stellt einen Eckpunkt im Gesamtpaket der gesetzlichen Reformen dar und eröffnet zahlreiche Möglichkeiten der Beteiligung der Minderheiten am politischen Leben in Serbien. Der ausgewiesene Rechtekatalog des neuen Gesetzes entspricht europäischen Standards. Allerdings wird erst die Zeit erweisen inwieweit das Gesetz in der Praxis Anwendung finden wird.

Inzwischen wurde das Ministerium in ein Ministerium für Minderheiten und Menschenrechte umgewandelt, das mit einer Vielfalt von Aufgaben betreut wurde. So erstreckt sich der Arbeitsbereich des Ministeriums von Menschen- und Minderheitenrechte bis zur Verantwortung für die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Kriegsverbrecher Tribunal in Den Haag– spricht die mögliche Auslieferung von Kriegsverbrechern. Allerdings steht das Ministerium mit Bezug auf Minderheiten vor einem großen Dilemma, da es als „Unionsministerium“ wenig Möglichkeiten besitzt, die Ministerien auf Republiksebene, in deren Kompetenzbereichen die faktische Umsetzung der Politik, zB im Erziehungswesen oder auf dem Arbeitsmarkt, liegt, anzuweisen.

³¹ Die Website des Bundesministerium für Nationale und Ethnische Gemeinschaften (www.minority.sv.gov.yu) gibt die folgenden Zahlen für 1991 in Jugoslawien wieder (inklusive Kosovo). Albaner: 1.714.768, Ungarn: 344.147, Jugoslawen: 349.784, Bosniaken: 336.025, Roma: 143.519, Kroaten: 111.650, Slowaken: 66.63, Makedonier: 47.118, Rumänen: 42.364, Bulgaren: 26.922, Bunjewazen: 21.434, Ruthenen: 18.099, Wlachen: 17.810, Türken: 11.263.

³² Nach Angaben von kroatischen Vertretern sollen immer noch ca. 120.000 Kroaten in Serbien und Montenegro leben. Siehe hierzu RFE/RL Newline vom 18. Dezember 2002.

³³ Bulletin of the Federal Ministry of National and Ethnic Communities No.6, March 2002

Mit bezug auf Selbstverwaltung und politische Partizipation der Minderheiten können diese jeweils ihre eigene Selbstvertretung („Nationalrat“) auf föderaler (Unions-)Ebene selbst wählen. Zudem wird ein „Minderheiten-Rat auf Bundesebene“ eingerichtet, der sich aus Vertretern der jeweiligen „Minderheiten-Räte“ zusammensetzt.³⁴

Artikel 21 des Gesetzes sieht vor, dass „... bei Beschäftigung im öffentlichen Dienst, einschließlich der Polizei, es verpflichtend ist, die nationale Zusammensetzung der Bevölkerung, eine entsprechende Repräsentation und die Kenntnis der Sprachen, die im Zuständigkeitsbereich einer Behörde oder eines Dienstes gesprochen werden, zu berücksichtigen.“³⁵

Das Minderheitengesetz gesteht darüber hinaus den Minderheiten Rechte im Sprachgebrauch, Schulwesen und Medien zu, u.a. steht Minderheitengruppen, die mehr als zwei Prozent der Gesamtbevölkerung Jugoslawiens stellen, das Recht zu, mit den Behörden in ihrer Muttersprache zu kommunizieren.³⁶ Personen, die einer Minderheit angehören, haben das Recht auf Unterricht in der eigenen Sprache im Vorschulbereich, in der Grundschule und in der höheren Schulausbildung, und Minderheiten haben das Recht auf Information in ihrer Sprache.

Die Regierung in Belgrad bereitet darüber hinaus ein „Anti-Diskriminierungsgesetz“ vor. Einer der Kernaussagen wird sein, dass die Beweislast nicht mehr bei der Person liegen soll, die aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe diskriminiert worden sein soll, sondern, dass die Institution, welche (angeblich) die Diskriminierung begangen haben soll, das Gegenteil beweisen muss.

Insgesamt ist die Politik der neuen Regierung mit bezug auf Minderheiten gemischt zu beurteilen. Sie setzte einige positive Aspekte, wie das Minderheitengesetz, wie auch die konstruktive Rolle der serbischen Regierung in der Lösung der Krise im Presevo Tal und die jüngsten Anstrengungen, Maßnahmen zu ergreifen, die Situation der Roma zu verbessern. Darüber hinaus wurden kaum Verbesserungen für die Angehörigen von Minderheiten erreicht, so sind weiterhin diskriminierende Regelungen und Gesetze in Kraft, die in der Milosevic Ära erlassen worden sind.³⁷

Allgemein sehen sich die Minderheiten in der Union einem hohen Ausmaß an Intoleranz gegenüber, vor allem Angehörige der Roma, Albaner und der Bosniaken. Der Minister für Menschenrechte und Minderheitenrechte, Rasim Ljajic, wies darauf hin, dass gerade unter den jüngeren Bevölkerungsgruppen die Intoleranz hohe Ausmaße angenommen hat.³⁸

³⁴ Zur Selbstvertretung der Minderheiten in siehe Teil 4 des Minderheitengesetzes (Artikel 18- 21). Allerdings haben bis Anfang 2003 erst die Ungarn, Rumänen, Ruthenen und Kroaten ihren jeweiligen „Nationalrat“ gewählt. Die „Nationalräte“ stehen vor einem ähnlich gelagerten Problem wie das Ministerium, denn sie sind eigentlich Institutionen auf Unionsebene, während Entscheidungen auf Republiksebene getroffen werden.

³⁵ Minderheitengesetz, Artikel 21. Übersetzung d.Verf.

³⁶ Der Volkszählung von 2002 zufolge, stellen aber nur die Ungarn einen höheren Bevölkerungsanteil (3.91%) als zwei Prozent.

³⁷ Siehe hierzu Helsinki Committee for Human Rights in Serbia, Annual Report 2002. Belgrade 2002. Internet: <http://www.helsinki.org.yu>

³⁸ Siehe hierzu RFE/RL Newline, 24. Juli 2002

Die oben beschriebenen gesellschaftlichen Bedingungen machen es Angehörigen von Minderheiten schwer, sich diesem Staat und dieser Gesellschaft zugehörig zu fühlen und Verantwortung zu übernehmen. Die mangelnde Auseinandersetzung und die weitgehende Straffreiheit für Verbrechen, die in den Kriegen begangen worden sind, führen auch dazu, dass Angehörige von Minderheiten wenig Vertrauen in Polizei, Justiz und Politik aufbringen können.

Die, auch noch in jüngster Zeit begangenen Übergriffe von Polizeiangehörigen auf Minderheiten wie die mangelnde Verfolgung von Straftaten, die gegen Minderheiten begangen worden sind, durch Gerichte, verstärken noch die Wahrnehmung innerhalb der Minderheiten, dass der Staat ihnen keine ausreichende Sicherheit gewährleisten kann. Übergriffe von rechtsradikalen Gruppen auf Minderheiten sind keine Seltenheit wie es auch in der Folge von Sportveranstaltungen immer wieder zu Übergriffen auf Minderheiten durch randalierende Fans kommt.

3.1. Die Situation der kroatischen Volksgruppe in Serbien

Im Verlaufe und in der Folge der Kriege gegen Kroatien und Bosnien-Herzegowina von 1991 bis 1995 verschlechterte sich die Situation der Kroaten in Serbien immens. Es kam zu Übergriffen, und vor allem zu einer bewussten Ansiedlung von serbischen Flüchtlingen in Gebieten der Minderheiten, insbesondere der Kroaten und Ungarn durch die Serbische bzw. Jugoslawische Regierung.

Zehntausende von Kroaten verließen daraufhin Serbien, vor allem die Vojvodina, in der es große Siedlungsgebiete von Kroaten gibt. Der Volkszählung von 2002 zufolge leben zur Zeit ca. 70.000 Kroaten und 20.000 Bunjewazen in Serbien, die übergroße Mehrheit von ihnen, ca. 76.000, in der Vojvodina.³⁹ In der Großgemeinde Belgrad leben ca. 10.000 Kroaten.

In Montenegro leben ca. 6.-7.000 Kroaten, vor allem in der Gemeinde Tivat, in der sie auch sechs Gemeinderäte stellen.⁴⁰

In der Nachkriegszeit kam es zu einer Beruhigung der Situation und während der Ablösung von Milosevic nahmen auch kroatische Gruppen an Demonstrationen in der Vojvodina teil. Bereits für das Jahr 2001 wurden kaum Übergriffe auf Angehörige der kroatischen Volksgruppe registriert. Bela Tonkovic, der Vize-Präsident der Gemeinde Subotica und Präsident der Demokratischen Allianz der Kroaten in der Vojvodina erhielt Drohbriefe via e-mail und Angehörige der katholischen Minderheit in der Vojvodina, zu der neben Kroaten auch Ungarn und Roma gehören, wurden vereinzelt bedroht.⁴¹ Allerdings trat danach eine Beruhigung der Situation der Kroaten - wie auch derjenigen anderer Minderheiten in der Vojvodina ein.⁴²

³⁹ Die Bunjewazen sind eine slawische Gruppe katholischen Glaubens, die sehr häufig als den Kroaten zugehörig betrachtet wird, von anderen hingegen als eine eigenständige ethnische Gruppe angesehen wird.

⁴⁰ Siehe hierzu U.S. Department of State, Bureau of Democracy, Human Rights, and Labor, Country Reports on Human Rights Practices 2002. Federal Republic of Yugoslavia

⁴¹ Siehe hierzu U.S. Department of State, Bureau of Democracy, Human Rights, and Labor, Country Reports on Human Rights Practices 2001. Federal Republic of Yugoslavia; Helsinki Committee in Serbia, Human Rights in Transition – Serbia 2001. Internet: <http://www.helsinki.org.yu>

⁴² Siehe hierzu U.S. Department of State, Bureau of Democracy, Human Rights, and Labor, Country Reports on Human Rights Practices 2003. Serbia and Montenegro.

Nach den Wahlen im Dezember 2003 und dem hohen Prozentanteil der Serbisch Radikalen Partei (SRS) verschlechterte sich die Situation der Kroaten in der Vojvodina allerdings wieder.⁴³ Nach dem Erfolg der SRS bei den serbischen Kommunalwahlen bzw. den Provinzparlamentswahlen in der Vojvodina im September/Oktober 2004 kam es zu weiteren Spannungen in der Vojvodina, die durch Zerstörungen kroatischer Einrichtungen wie katholische Friedhöfe öffentlich wurden.⁴⁴

Eine Umfrage in der Vojvodina unter Angehörigen verschiedener ethnischer Gruppen über Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt zeigte interessante Aufschlüsse über die Selbstwahrnehmung. 39% der befragten Kroaten und Rumänen, 26% der Ungarn, 24% der Slowaken und 9% der Serben, gaben an, dass eine solche Diskriminierung existiert.

3.2. Situation der bosniakischen Volksgruppe (slawische Muslime)

Nach Angaben der letzten Volkszählung leben gut 160.000 Bosniaken in Serbien. Die überwältigende Mehrheit lebt im Sandschak, v.a. in den Gemeinden Novi Pazar (65.593), Tutin (28.319), Sjenica (20.512), Prjepolje (13.109). In den drei erstgenannten Gemeinden stellen sie die Mehrheit der Bevölkerung und damit auch die Mehrheit in der Gemeindevertretung. Das Gebiet des Sandschak umfaßt insgesamt elf Gemeinden; sechs in Serbien (Novi Pazar, Tutin, Sjenica, Nova Varos, Prijepolje und Priboj) und fünf in Montenegro (Rozaje, Berane, Plav, Bijelo Polje and Pljevlja). Der Sandschak ist allerdings eine ethnisch gemischte Region mit einem großen Bevölkerungsanteil von Serben bzw. Montenegriner, sowie einer kleineren Anzahl von Roma.

Politisch sind die Bosniaken im serbischen Teil des Sandschaks in zwei sich nicht unbedingt freundlich gegenüberstehende Gruppierungen gespalten. Auf der einen Seite steht die „Liste für den Sandschak“ von Sulejman Ugljanin, der tragende Kraft die „Partei der Demokratischen Aktion“ (SDA) ist. Sie wird im allgemeinen als „nationalistischer“ eingeschätzt als die „Demokratische Partei des Sandschaks“ (SDP) des serbisch-montenegrinischen Ministers für Menschenrechte und Minderheitenrechte Rasim Ljajic.

Die Gemeindewahlen von September und Oktober 2004 geben einen Überblick über die lokalen Machtverhältnisse im Sandschak.⁴⁵

Novi Pazar: 47 Sitze. Die „Liste für den Sandschak“ von Sulejman Ugljanin errang 22 der 47 Mandate im Stadtparlament. Zweitstärkste Partei mit 17 Sitzen wurde die – multi-ethnische - Demokratische Partei des Sandschaks (SDP) des serbisch-montenegrinischen Ministers für Menschenrechte und Minderheitenrechte Rasim Ljajic, während die Serbisch Radikale Partei auf nur 3 Sitze kam.

⁴³ Siehe hierzu u.a. RFE/RL NEWSLINE Vol. 8, No. 16, Part II, 27 January 2004; Jan Briza, Fear ripples through Vojvodina minorities in: IWPR'S Balkan Crisis Report No. 477, January 23, 2004,

⁴⁴ So gewann die Kandidatin der Serbisch Radikalen Partei, Maja Gojkovic, die Wahl um das Bürgermeisteramt in Novi Sad.

⁴⁵ Zu den Wahlergebnissen siehe:

http://www.cesid.org/english/rezultati/sr_sept_2004/index.shtml

Tutin: Die „Liste für den Sandschak“ errang 22 der 37 Mandate im Stadtparlament und das Bürgermeisteramt. Zweitstärkste Partei mit acht Sitzen wurde die SDP.

Sjenica: 39 Sitze. Die „Liste für den Sandschak“ 14 Sitze, SDP 11. Die SDP konnte aber den Bürgermeisterposten erringen.

Prijepolje: Die SDP wurde stärkste Partei mit 12 Sitzen (von insgesamt 61 Sitzen) vor der Serbisch Radikalen Partei und der „Liste für den Sandschak“ mit jeweils 11 Sitzen. Die SDP konnte den Bürgermeisterposten erringen.

Nova Varos: Von den 27 Sitzen konnte die Sozialistische Partei Serbiens (SPS) 5 Sitze gewinnen und wurde damit stärkste Partei; zudem gewann ihr Kandidat das Bürgermeisteramt.

Priboj: Stärkste Partei mit neun Sitzen (von insgesamt 41) wurde eine lokale Liste, der auch die demokratische Partei angehörte, und die auch das Bürgermeisteramt errang, vor der SPS mit acht Sitzen.

In der Vergangenheit – mit der Machtübernahme durch Slobodan Milosevic – waren die Bosniaken im Sandschak Verfolgungen und Unterdrückung ausgesetzt, insbesondere nach Kriegsbeginn in Bosnien-Herzegowina, das an den Sandschak angrenzt. Repressalien gegen Repräsentanten der politischen Vertretung der Bosniaken, der SDA, wie gegen Menschenrechtsaktivisten sowie Übergriffe gegen Bürger alleine aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu den Bosniaken, waren an der Tagesordnung.⁴⁶

Das politische Mitspracherecht der Bosniaken war eingeschränkt und die politische Situation wurde von radikalen Serben dominiert. Novi Pazar, zB, der Hauptort des Sandschak wurde damals von einer Koalition der Radikalen Partei (SRS) und Jugoslawischen Linken (JUL) regiert.

Mit dem Ende des Milosevic Regime hat sich die Situation entscheidend verbessert, und Verfolgung und Unterdrückung von Bosniaken im Sandschak aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit sind nicht mehr zu erkennen.

Mit den Kriegen im ehemaligen Jugoslawien wurde der Sandschak Zufluchtsort für viele Flüchtlinge. Neben serbischen Flüchtlingen aus Bosnien-Herzegowina fanden auch Zehntausende Bosniaken aus Bosnien-Herzegowina zwischen 1992 und 1995 Zuflucht im Sandschak wie später mit Beginn der Kosovo-Krise Tausende von Bosniaken und Gorani aus dem Kosovo im Sandschak Zuflucht suchten.

Auf der anderen Seite haben in diesem Zeitraum einige zehntausend Bosniaken Serbien und Montenegro verlassen, vor allem nach Bosnien-Herzegowina, aber auch in Richtung Türkei und Westeuropa. Im letzten Jahr gab es immer wieder Gerüchte, dass Serben in größerer Anzahl den Sandschak verließen würden, um einer „muslimischen Dominanz“ zu entgehen. Allerdings konnten solche Gerüchte nie verifiziert werden.

⁴⁶ Zur mangelnden juristischen Aufarbeitung dieser Übergriffe siehe Dzengis Buljakbas, Victims of Police Brutality Wait For Justice in: IWPR Balkan Crisis Report 540, 2. February 2005

Vielmehr ist davon auszugehen, dass viele der Menschen, die den Sandschak in den letzten Jahren verließen, vor allem nach dem Sturz von Milosevic, dies aus wirtschaftlichen Gründen taten. Der Sandschak ist eine ökonomisch rückständige Region. Die Infrastruktur in der Region zeugt von der jahrelangen Vernachlässigung durch die Behörden in Belgrad. Selbst die graue oder schwarze Wirtschaft, die in dieser Region große Ausmaße angenommen hatte, vor allem Jeans und Schuhe werden hier "schwarz" produziert, hat mit immer größeren Problemen zu kämpfen.⁴⁷ Die Arbeiter sind meist nicht sozialversichert. Novi Pazar gilt auch als eines der Handelszentren für die gesamte Balkanregion, zB viele der Lieferungen in den Kosovo laufen über den Sandschak, da Bosniaken von den Albanern eher toleriert werden als Serben.

Auch wenn es in den letzten Jahren kaum noch zu Gewalt zwischen Serben und Bosniaken gekommen ist (vor allem bei Sportveranstaltungen oder in deren Gefolge kam es immer wieder zu Auseinandersetzungen), bleibt das Verhältnis zwischen den beiden Volksgruppen Serben und Bosniaken im Sandschak weiter angespannt.⁴⁸

Für die Bosniaken im Sandschak stellt die mangelnde strafrechtliche Verfolgung von ethnisch motivierten Verbrechen gegen Angehörige der Bosniaken, die während des Milosevic Regimes und vor allem auch während des Krieges gegen Bosnien und Herzegowina begangen worden sind, ein großes Problem dar. Diese mangelnde strafrechtliche Verfolgung durch die Behörden der post-Milosevic Zeit läßt wenig Vertrauen in eine tatsächliche Gleichberechtigung in Serbien aufkommen.⁴⁹

Ein großer Konfliktpunkt im Sandschak ist zur Zeit auch die Frage nach den offiziellen Sprachen im Schulunterricht bzw. die Einführung der bosniakischen Sprache. Seit Februar 2005 besteht nach einem Erlaß des Serbischen Erziehungsministeriums die Möglichkeit, dass in Schulen, in denen der Anteil der bosniakischen Schüler 15% übersteigt, neben der serbischen Sprache auch die bosniakische Sprache unterrichtet werden kann. Allerdings befürchten viele – auch Bosniaken – dass dieser Erlaß Spannungen verstärken wird, da er eine weitere Trennung von serbischen und bosniakischen Schülern herbeiführen kann. Zudem basieren die hierfür entwickelten Textbücher nicht auf den Textbüchern Bosnien und Herzegowinas, sondern wurden auf lokaler Ebene auf Grundlage des lokalen Dialekts entwickelt. Viele Experten wie auch Bewohner beider Ethnien bezweifeln zudem die Sinnhaftigkeit dieses Unternehmens, da beide Ethnien im Sandschak einen nahezu gleichen Dialekt sprechen.⁵⁰

Die zu erwartende Auflösung der Union von Serbien und Montenegro und der in Konsequenz erfolgenden Einführung von offiziellen Grenzen wird zur Aufteilung des Sandschak auf zwei Staaten führen. Bereits heute behindern „Grenzkontrollen“

⁴⁷ Siehe hierzu Dragana Nikolic-Solomon/Marcus Tanner, Boom in Sandzak Capital Turns to Bust. Economic collapse in Novi Pazar threatens to expose region's simmering social and ethnic tensions in: IWPR'S Balkan Crisis Report No. 517, September 24, 2004

⁴⁸ Siehe hierzu u.a., Helsinki Committee for Human Rights in Serbia (HCS), In Conflict With A State Ethnic Identity: National Minorities in Serbia. Belgrade October 2004

⁴⁹ Siehe hierzu u.a., Helsinki Committee for Human Rights in Serbia (HCS), In Conflict With A State Ethnic Identity: National Minorities in Serbia. Belgrade October 2004

⁵⁰ Siehe hierzu Alma Rizvanovic/ Jasmina Krusevljanin, Language Battle Divides Schools in: IWPR Balkan Crisis Report 540, 2. February 2005

die Bewegungsfreiheit der Bewohner und wirtschaftliche Aktivitäten.⁵¹

⁵¹ Siehe u.a. Amela Bajrovic, Border Threatens Bosniak Community in: IWPR Balkan Crisis Report 540, 2. February 2005

Quellen:

Sozialministerium der Republik Serbien, , Poverty Reduction Strategy Paper for Serbia, o.O., o.J. (Belgrad 2002)

Official Gazette of the Republic of Serbia.

Official Gazette of the Republic of Montenegro.

Website des Sozialministeriums der Republik Serbien

Website des Finanzministeriums der Republik Serbien

Federal Republic of Yugoslavia, Federal Ministry for National and Ethnic Communities, Bulletin No. 6 March 2002

Amnesty International, Serbia and Montenegro: Amnesty International's concerns and Serbia and Montenegro's commitments to the Council of Europe (EUR 70/002/2004)

Amnesty International, Serbia and Montenegro. Amnesty International's concerns in Serbia and Montenegro (2003).

Amnesty International, Report 2002, Yugoslavia

Amnesty International Deutschland, Asylgutachten, 22.12.2004.

Helsinki Committee for Human Rights in Serbia (HCS), In Conflict With A State Ethnic Identity: National Minorities in Serbia. Belgrade October 2004.

Helsinki Committee in Serbia (HCS), Human Rights in Transition – Serbia 2001.

Humanitarian Law Centre (HLC), Pressemitteilungen vom 22. März 2001, 26. Juni 2001, 12. November 2001.

Human Rights Watch (HRW), Human Rights Watch Comments on the Council of Europe List of Post-Accession Commitments for Yugoslavia. Press Release, 2. August 2002.

Human Rights Watch (HRW), Human Rights Concerns in the Federal Republic of Yugoslavia. Briefing Paper, 11. Juli 2002.

Institute for War and Peace Reporting (IWPR), diverse Artikel und Berichte.

International Crisis Group, Serbia's Changing Political Landscape, July 2004

International Crisis Group, Peace in Presevo. Quick Fix or Long Term Solution. ICG Balkan Report No. 116 August 2002

International Crisis Group, Belgrade's Lagging Reform. Cause for International Concern. ICG Balkan Report No. 126 March 2002

International Helsinki Federation for Human Rights (IHF), Country Report Serbia

International Helsinki Federation for Human Rights (IHF), Country Report Montenegro

Kommission der Europäischen Gemeinschaft, Arbeitspapier der Kommissionsdienststellen Serbien und Montenegro. Bericht über den Stabilisierungs- und Assoziierungsprozeß 2003. Brüssel 2003. KOM (2003) 197 final

OSCE Mission in Federal Republic of Yugoslavia, Background Report Police Reform in Serbia Seeks and Receive Substantial International Support.

Radio Free Europe/Radio Liberty Newslines, diverse Artikel und Berichte

United Nations Common Country Assessment for Serbia and Montenegro, Belgrade 2003

United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA), Country Profile and Humanitarian Assistance. Fact Sheet for the Federal Republic of Yugoslavia (excluding Kosovo). Update as of June 2001

U.S. Department of State, Bureau of Democracy, Human Rights, and Labor, Country Reports on Human Rights Practices - 2003, 2002, 2001, Serbia and Montenegro (Federal Republic of Yugoslavia)

Website von USAID

Yugoslav Lawyers' Committee, Telefonische Mitteilung vom 23. Februar 2005